

Koalition plant neuen Geheimdienstkontrollleur

Die Opposition warnt vor Abbau der Parlamentsrechte

VON HOLGER SCHMALE

Die Opposition hat misstrauisch bis ablehnend auf Pläne von CDU/CSU und SPD reagiert, einen Ständigen Sachverständigen für eine effektivere Kontrolle der Nachrichtendienste durch den Bundestag zu berufen. Als Konsequenz aus der Affäre um die NSA-Spionageliste soll er die für die Geheimdienstkontrolle zuständigen parlamentarier entlasten und unterstützen, hieß es am Mittwoch aus Koalitionskreisen.

Der derzeitige Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums, André Hahn (Linke), kritisierte das Vorhaben. Ein „Geheimdienstbeauftragter light“ löse kein einziges Problem, sagte er. Alle bisherigen Erfahrungen zeigten: „Geheimdienste lassen sich nur sehr eingeschränkt kontrollieren.“ Solange sie noch existierten, müsse die parlamentarische Kontrolle verbessert werden.

Ein neuer Beauftragter mit einer eigenen Behörde helfe dabei nicht weiter. „Im Gegenteil: Es besteht die Gefahr, dass bestimmte Dinge nur noch dem Sachverständigen und nicht den gewählten Volksvertretern mitgeteilt werden und damit letztlich die Kontrollrechte des Parlaments weiter beschnitten werden.“ Das sei unter keinen Umständen hinnehmbar.

Ähnlich argumentierte Christian Ströbele von den Grünen. „Ein ständiger Sachverständiger darf auf gar

keinen Fall die Arbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums oder einzelner Abgeordneter ersetzen“, sagte er der Berliner Zeitung. „Es kann nicht sein, dass dieser Sachverständige Akten bekommt, die die Abgeordneten nicht sehen dürfen.“ Es dürfe kein Aufweichen der parlamentarischen Kontrolle durch eine Person geben, die das besondere Vertrauen der Koalition genieße.

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung ist für den neuen Posten ein externer Fachmann aus der Justiz vorgesehen. Er solle allen für die Geheimdienste zuständigen Bundestags-Gremien wie dem Parlamentarischen Kontrollgremium, dem Vertrauensgremium und der sogenannten G-10-Kommission zuarbeiten.

Die große Koalition will damit Konsequenzen aus einer Reihe von Geheimdienstaffären ziehen. So soll der Bundesnachrichtendienst (BND) dem US-Dienst NSA jahrelang geholfen haben, europäische Unternehmen und Politiker auszuforschen. Die Aufarbeitung dieser Vorwürfe verläuft äußerst schleppend, da die Bundesregierung aus Geheimenschutzgründen den Parlamentariern nicht alle Unterlagen zur Verfügung stellt. Abgeordnete beklagen ferner, für eine effektive Kontrolle der Nachrichtendienste reichten die bisherigen Mittel nicht aus. Deshalb soll der Ständige Sachverständige dem Bericht zufolge einen Stab von 20 bis 30 Mitarbeitern bekommen.